

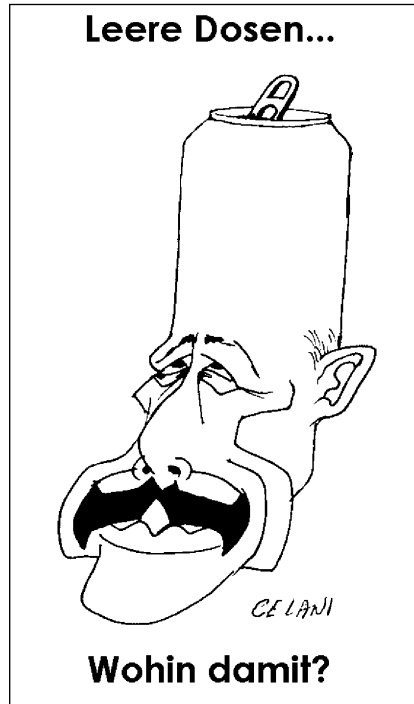
Sechs Jahre Trittin sind genug! Wir brauchen wieder Wachstum und Produktion!

Seit 1998 ist Jürgen Trittin Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. In Wirklichkeit ist er aber Minister für Umweltverschandelung und Industrieabbau und damit einer der wesentlichen Faktoren für Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit.

Das Magazin *Focus* berichtete am 29. Januar 2001, eine Einsatzgruppe des niedersächsischen Landeskriminalamts (LKA) habe Jürgen Trittin im Mai 1993 dabei fotografiert, wie er sich in Göttingen konspirativ mit den führenden Aktivisten der militanten Gruppe *Autonome Antifa* getroffen habe. Die Aktivisten hätten sich an jedem Mittwoch im örtlichen Büro der Grünen eingefunden, um dort unbehelligt ihre Randalaktionen zu planen. 17 führende Kadere dieser knapp 800 Mann starken Truppe wurden später wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt. Trittin, zu dem Zeitpunkt unter Ministerpräsident Schröder schon niedersächsischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, war natürlich nicht unter den Angeklagten.

Tags zuvor, am 28. Januar 2001, war in der *Welt am Sonntag* zu lesen, Dipl.-Sozialwirt Jürgen Trittin sei seit ca. 1978 Mitglied des Kommunistischen Bundes (KB) und später in der vom KB abgespaltenen „Gruppe Z“ gewesen, in den Jahren 1980/81 sei er im Zusammenhang mit der Göttinger Hausbesetzer-Szene in Erscheinung getreten. In einem Artikel „Der Staat, die Gewalt und die Bewegung“ (*Grüne Informationen* Nr. 15/83) habe er die Anwendung von Gewalt seitens sozialer und politischer Bewegungen als das „fast immer letzte und verzweifelte Mittel, einem Anliegen Publizität zu verschaffen“, gerechtfertigt.

In seinem Buch *Gefahr aus der Mitte. Die Republik rutscht nach rechts* schrieb Trittin 1993: „Rassismus ist zum Alltag



und Wohlstandschauvinismus zum dominanten Ideologem geworden. Die Bundesrepublik rutscht nach rechts.“ Die Gründe dafür nannte der inzwischen zum Bundesminister designierte Trittin am 10. Juni 1998: „Wer öffentlich Gelöbnisse (der Bundeswehr) veranstaltet, muß sich über Rechtsradikale und Neo-Nazis in der Armee und in der Gesellschaft nicht wundern.“ Was tut nun jemand, der die Bundeswehr statt dessen grundgesetzwidrig nach Kosovo oder Afghanistan schickt, gegen Rassismus und Neo-Nazis in Armee und Gesellschaft? Diese Frage delegiert Trittin lieber an den Kabinettskollegen Struck.

Von noch weniger Humanität zeugt im übrigen Trittins zynische Bemerkung „Warum sollte ich?“, als ihn der Sohn des Generalbundesanwalts Buback im Januar 2001 bei einer zufälligen Begegnung im Zug bat, sich vom sogenannten Mescalero-Aufruf zu distanzieren. Der Verfasser dieses Aufrufs, der sich „Mescalero“ nannte, hatte 1977 seine „klammheimliche Freude“ über den Mord der RAF an Buback, bei dem auch drei seiner Begleiter ermordet wurden, geäußert. Als gegen

die für die Veröffentlichung verantwortlichen Mitglieder des Göttinger AStA Anklage erhoben wurde, hatte Trittin 1977 den Mescalero-Aufruf öffentlich verteidigt. Die *FAZ* äußerte 2001 die Vermutung, Trittin sei für die Veröffentlichung des Aufrufs mitverantwortlich gewesen.

Davon, daß es dem Herrn Minister bis heute an Taktgefühl fehlt, konnten sich die Zuschauer einer im Fernsehen übertragenen Diskussionsrunde Ende Oktober 2004 überzeugen. Durch Aussagen des CDU-Bundestagsabgeordneten Merz und eines Vertreters der Firma Framatome in die Enge getrieben, konnte der Minister nur noch hysterisch lachen und fuhr seinen Widersachern mehrfach mit „Seien Sie ruhig, Sie reden doch Unsinn“ über den Mund. Selbst der ihm in früheren Sendungen sehr wohlgesonnene Moderator mußte ihn mehrmals zur Ordnung rufen, weil er die Gesprächsteilnehmer ständig unterbrach und durch seine unbeherrschten Äußerungen störte.

Sind das nur Formfragen? Man läßt sich ungern nachweisen, daß man „die Unwahrheit“ gesagt hat: einmal, mehrmals, immer wieder Unwahrheiten aus des Ministers Mund. Von grünen Mistreitern, Ministerialbeamten und seitens der Finanzkreise, deren Sache er vertritt, bekommt der Minister so etwas nicht zu hören; das wiegt ihn in Sicherheit. Vielleicht brachte ihn deshalb der Vorwurf zu lügen (was anderes sind „Unwahrheiten“?) so aus der Fassung.

Dabei verbreiten er und das Bundesministerium unter seiner Führung solche „Unwahrheiten“ schon lange, und nicht erst im jüngsten Themenpapier *Atomkraft: Wiedergeburt eines Auslaufmodells*. Im folgenden einige Beispiele der

„Unwahrheiten“ des Ministers

Da ist zunächst die meist unter Beifall wiederholte Behauptung: „AKWs taugen nichts für den Klimaschutz, weil sie sehr ineffizient sind. Der Atomausstieg ist kein Hindernis, sondern eine Voraussetzung dafür, daß wir unsere Klimaschutzziele erreichen“ (z.B. im *Focus*-Inter-



Der Ideologe Trittin, der mit seinen Umweltlügen den vollständigen Industrieabbau in Deutschland betreibt.

view, 24/2001, Seite 13, 11. Juni 2001). Trittin weiß natürlich, daß das nicht stimmt, auch wenn es seine Parteigänger und die Medien gerne hören. Bei der Erzeugung von rund einem Drittel des in Deutschland verbrauchten Stroms geben Kernkraftwerke kein CO₂ ab, sie „vermeiden“ – in der Sprache des Ministeriums, wenn es um Windkraftwerke geht – vielmehr 170 Mio. t CO₂ im Jahr. Das sind 20% des insgesamt in Deutschland von Menschen erzeugten CO₂, wenn man vom menschlichen Atem absieht. Daß Windkraftwerke CO₂ vermeiden, wie der Minister nicht müde wird zu predigen, kann dagegen mit Recht bezweifelt werden, weil für das eventuelle Nachlassen der Winde stets Heizkraftwerke unter Dampf gehalten werden müssen – und die verbrennen dabei Kohlenstoff zu CO₂.

Weshalb sollen Atomkraftwerke ein Hindernis auf dem Weg zu den selbst schon fragwürdigen Klimazielen sein? Der Minister: „Atomkraftwerke stellen Tag und Nacht große gleichbleibende Strommengen bereit und laden damit zur Energieverschwendung ein. Da wird nachts hochwertige Energie, nämlich Strom gezapft, um sie dann tagsüber für minderwertige Zwecke [gemeint waren Nachtspeicherheizungen, H.B.] zu gebrauchen“ (Trittin auf der Trinationalen Konferenz am 26. März 1993 in Freiburg).

Kernkraftwerke lassen sich nicht schnell hoch und runter fahren, deshalb liefern sie die Grundlast. In besonderen Schwachlastzeiten dient ihr Strom dazu, Wasser in hochgelegene Pumpwasserspeicher zu pumpen, um das Wasser von dort in Zeiten der Verbrauchsspitzen oder wenn erneuerbare Energiesysteme ausfallen, weil gerade wieder einmal kein Wind bläst oder sich eine Wolke vor die Sonne schiebt, rasch auf Turbinen im Tal abzulassen. Dadurch kann man in gewissem Umfang darauf verzichten, Heizkraftwerke vorzuhalten, und spart so CO₂ ein.

Doch Trittin wiederholt gebetsmühlenartig: „Mit dem Abbau des Grundlastüberhangs wird zugleich eine künstlich geschaffene, zur Verschwendung führende Nachfrage nach Strom beseitigt“ (Jahresbericht des Bundesumweltamtes vom 22. Juli 2002). „Sie [die Kernkraftwerke] leisten damit dem sorglosen und verschwenderischen Umgang mit Energie Vorschub“ (Pressemitteilung des BMU Nr. 38/03 vom 26. März 2003).

Es kann aber – und dies sollte ein Umweltminister wissen – gar keinen Grundlastüberhang geben, der verschwendet wird. Weil sich Strom nicht lagern läßt, wird immer so viel Strom erzeugt, wie auch verbraucht wird. Ein Kraftwerksüberhang ist vielmehr nötig, um Energiespeicher anderer Art zum Abfangen von

Bedarfsspitzen bereitzustellen. Die erwähnten Pumpspeicherwerke sind nur ein Mittel, um auf plötzliche Schwankungen bei der Stromnachfrage und dem Stromangebot sogenannter alternativer Energiequellen rasch reagieren zu können. Wer allerdings die energiebedürftige Güterproduktion einstellen oder durch überhöhte Energiepreise ins Ausland drängen will, der kann bald auch auf Kraftwerke verzichten. Offensichtlich plant der Minister genau das.

Trittin behauptet auch (*Süddeutsche Zeitung* vom 11. August 2003), die Hitzewelle des vergangenen Jahres habe gezeigt, daß die Grundlastversorgung durch Kernkraftwerke an 365 Tagen „ein Märchen“ sei. Tatsächlich hatte der niedrige Wasserstand einiger Flüsse bei der Hitzewelle im Jahr 2003 dazu geführt, daß einige Heiz- und Kernkraftwerke ihre Leistung zurückfahren mußten. Der Grund liegt aber nicht im Kernkraftwerk, sondern darin, daß nicht bei allen Heiz- und Kernkraftwerken eine Trockenkühlung, wie sie sich beim Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop bewährt hatte, installiert ist. Gerade in der von Trittin angesprochenen Hitzeperiode fielen die Windkraftwerke wegen der dabei aufgetretenen Flaute ganz aus.

„Die begrenzten weltweiten Uranvorräte werden schon nach wenigen Jahren versiegen, mit allen damit verbundenen Sicherheitsrisiken“ (Trittin im oben erwähnten Themenpapier von 2004). Tatsächlich wird die Uran-Exploration wegen eines Überangebots von Uran und zu niedriger Uranpreise zurückgefahren. Etwas Ähnliches gilt übrigens auch bei Kohle, Öl, Gas und anderen Rohstoffen. Man begnügt sich hier mit nachgewiesenen Vorräten, die für eine weitere Generation (30-40 Jahre) reichen, ehe man weitere teure Explorationen finanziert.

Mit dem Schnellen Brüter und der Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstoffe ließe sich aber die Nutzung des bereits eingesetzten Urans alleine schon um das Sechzigfache vermehren. Diese Technologie wird aber von Trittins Freunden unter allerlei Vorwänden verhindert. Will er durch eine derartige künstliche Verknappung am Ende gar die Uran-Preise in die Höhe treiben? Neben dem knapperen Uran bildet Thorium einen weiteren Kernbrennstoff, der als Thorianit, Thorit und Monazitsand in der Erdkruste relativ reichlich vorhanden ist. Den inhärent sicheren Reaktor zur Nutzung dieser Kernbrennstoffe, den Hochtemperaturreaktor, mit dem sogar CO₂ kostengünstig „recycled“ werden

könnte, haben ausgerechnet Trittins Freunde verhindert.

Ähnlich verlogen ist die ständige Klage, die Probleme der Atommüll-Entsorgung seien bis heute ungelöst. Ihre Lösung haben einzig und allein Trittins Freunde aktiv verhindert. Nichts spricht gegen ein Endlager in Gorleben. Das steht sogar in der Vereinbarung der Bundesregierung mit den Stromversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000. Doch die Nutzung dieses Endlagerstandorts wurde durch ein sogenanntes „Moratorium“ verhindert. Die für seine Erschließung aufgewandten rund 2 Mrd. Euro wurden vergeudet; statt dessen wurde eine aufwendige neue Suche nach anderen Standortmöglichkeiten in Gang gesetzt. Nun, die ihm nahestehenden inkommensalen Gutachter wollen beschäftigt und auf Kosten des Steuerzahlers verköstigt werden. Darüber hinaus wird versucht, Bestrebungen der EU zu blockieren, mittels der Transmutation Spaltprodukte mit sehr langer Strahlungsdauer in solche mit kurzer Strahlungsdauer oder gar keiner Strahlung so umzuwandeln, daß noch zusätzlich Energie gewonnen werden kann. Mit dem Bau solcher durch Beschleuniger angetriebenen Anlagen könnte jederzeit begonnen werden – wenn man das wollte.

Verlogen ist weiterhin die Behauptung: „Die Windenergie wird nicht subventioniert“. Die Stromversorger werden aber per Gesetz gezwungen, das Stromangebot aus alternativen Quellen zu künstlich festgesetzten, überhöhten Preisen (statt für 3,5 cts/kWh auf dem Markt für 9 cts/kWh im Fall von Windenergie und 54 cts/kWh und mehr im Fall der Sonnenenergie) abzunehmen. Diese Unkosten verteuern natürlich den Strom und treiben industrielle Stromkunden außer Landes. Hinzu kommen Sonderabschreibungen für Investoren in alternative Stromerzeugungsanlagen auf Kosten des Steueraufkommens, Zusatzkosten, welche die Einregulierung der unzuverlässig anfallenden Strommengen aus alternativer Erzeugung verursachen, Wirkungsgradverluste durch Vorhalten bzw. Zurückfahren der Heizkraftwerke sowie Kosten für den erforderlichen zusätzlichen Netzausbau. Alle diese Kosten tragen nicht die Windmüller, sondern per Gesetz zwangsweise der Stromkunde – wenn das keine Subvention ist, was ist dann Subvention?

Damit wird auch die Behauptung widerlegt, „eine Kilowattstunde Strom produziert aus Windenergie ist deutlich billiger als aus einem Atomkraftwerk“ (Trittin in *Neue Energie* vom 13. Mai 2003).

Alternative „Stromproduzenten erhielten nach den gesetzlichen Vorschriften mit durchschnittlich 9 Cent je Kilowattstunde aufgrund staatlicher Zwangsverpflichtung eine Vergütung, die dreimal so hoch liegt wie der Marktpreis von rund 3 Cent“ (FAZ, 1. November 2004). Kernkraftwerke liefern ihren Strom hingegen zu Marktpreisen.

Auch die Behauptung, die „Kosten der erneuerbaren Energien betragen 8 Euro pro Jahr für jeden Bürger in Deutschland“ (Bundesdrucksache 15/860), ist falsch. Die Kosten beliefen sich im Jahr 2002 auf 4,5 Mrd. Euro – das sind rechnerisch 55 Euro pro Person. (Im Vergleich dazu belief sich im gleichen Jahr 2002 die Steinkohlesubvention nur auf 2,9 Mrd. Euro.) Hierbei wurden zu den Kosten aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (2,2 Mrd. Euro 2002, bereits 2,6 Mrd. Euro im Jahr 2003) die meist verschwiegenen Steuerersparnisse für die Investoren hinzugerechnet, andere Zusatzkosten nicht eingerechnet. Solche Investitionshilfen stellen eine staatliche Umverteilung von unten nach oben dar, von den Stromendverbrauchern an die Geldanleger in steuerlich subventionierte alternative Energien. Der Anteil des Staates am Strompreis beträgt insgesamt 40% und belastet den Durchschnittshaushalt in Deutschland mit 240 Euro pro Jahr (VDI-Nachrichten, 24. September 2004).

Eine weitere Übertreibung lautet: „In privaten Haushalten verschlingt schon der Stand-By-Betrieb verschiedenster Geräte pro Jahr 20 Mrd. kWh“ (Trittin bei der Vorstellung des Jahresberichts des Umweltbundesamtes im Jahr 2003). Nach dieser Behauptung würden 500 kWh pro Haushalt und Jahr verschwendet. Der Stand-By-Betrieb verbraucht je nach Gerät zwischen 2 und maximal 10 Watt. Es müßten demnach pro Haushalt zehn Geräte im Stand-By betrieben werden. Ähnlich absurd ist die Behauptung, Minister Trittin stelle die Energieversorgung seines Ministeriums auf Ökostrom um (Pressemitteilung des BMU vom 20. August 2003). Das Ministerium bezieht nach wie vor seinen Strom aus dem öffentlichen Netz, der zu einem Drittel aus Kernkraftwerken stammt.

Am 15. August 2003 äußerte sich Trittin in der *ARD* zu den Stromausfällen in den USA: „Wir haben in Deutschland, in Europa muß man richtigerweise sagen, ein Verbundsystem, was solche Ausfälle besser kompensieren kann. Und richtig ist auch: Wir produzieren in Deutschland weit mehr Strom, als wir verbrauchen, das heißt wir arbeiten nicht direkt an der

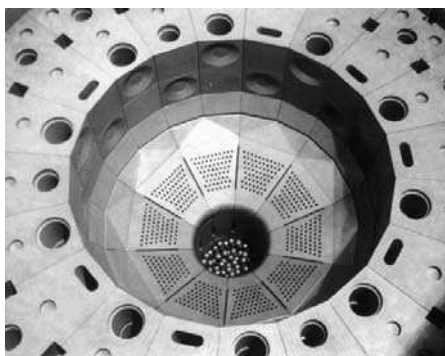
Kante.“ Erstens haben ihn seither zahlreiche Blackouts in Europa Lügen gestraft. Zweitens läßt sich, wie gesagt, immer nur so viel Strom erzeugen, wie tatsächlich verbraucht wird. In letzter Zeit sind wir mehrmals auch in Deutschland an Engpaßsituationen gerade noch vorbeigeschrammt. So am 17./18. Dezember 2001, als die Außentemperatur auf -20°C absackte, sowie am 18. Juni 2002 und am 7. Januar 2003 wegen einer plötzlichen Windstille. An solchen Tagen erzielen die Strompreise an der Leipziger Börse Höchstwerte (von 1 Euro pro kWh, statt 2-6 ct/kWh; der bisher höchste Preis lag bei 1,72 Euro/kWh). Der weitere Ausbau grüner Energiequellen macht die Stromversorgung in Deutschland zunehmend unsicherer.

Auch die Behauptung, „die stets nachwachsende Biomasse übersteigt den Weltenergiebedarf um das 15-fache“ (www.bmu.de unter „Fragen zur Windenergie“) ist Irreführung gutgläubiger Bürger. Würde Deutschland keine Nahrungsmittel für seine Bevölkerung herstellen und die gesamte Ackerfläche zur Herstellung von energetisch genutzter Biomasse verwenden, so könnten damit allenfalls 15 Mio. t Biosprit erzeugt werden. Der Primärenergiebedarf Deutschlands liegt rund 30mal so hoch. Halten Trittins Leute die Millionen Hungernden in der Welt etwa für eine zu beseitigende Überbevölkerung?

Grotesk ist auch die Behauptung, „schon jetzt sind mehr als 120 000 neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entstanden“ (www.bmu.de unter „Fragen zur Windenergie“). Seit Einführung tiefergrüner Umwelt- und Energiepolitik haben wir in Deutschland keine Arbeitsplätze hinzugewonnen. Gestiegen ist vielmehr die Arbeitslosigkeit. Nach Bundesdrucksache 10/860 wurden im Bereich der Windkraftbranche, dem bedeutendsten Bereich der erneuerbaren Energien, nachgewiesenermaßen nur 4700 neue Arbeitsplätze geschaffen. Von dieser Zahl wären die Arbeitsplätze abzuziehen, die als Folge der überhöhten Energie- und Verwaltungskosten abgebaut worden sind. „Die neuen Jobs in der Ökostrom-Branche werden durch höhere Energiepreise und geringeren Konsum an anderer Stelle vernichtet“ weist Joachim Ragnitz vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle detailliert nach. Diese und weitere derartige „Zahlentrickserei“ Trittins auch beim Dosenpfand und beim Emissionshandel listet die Zeitschrift *Capital* vom 2. September 2004 auf.

Die vielleicht ärgerlichste Behauptung:

„Jürgen Trittin: Globale Energiewende ist ein Beitrag zur Armutsbekämpfung“ taucht immer wieder in anderer Formulierung auf. „Gewaltige Finanzmittel zur Armutsbekämpfung in den Krisenregionen der Welt werden beim Ausbau der atomaren Infrastruktur gebunden“ (z.B. in: Pressemitteilung des BMU vom 6. November 2003 und im o.a. Themenpapier von 2004). Ein Schnitzel, das nicht produziert wurde, kann man nicht verzehren; genausowenig kann man die Armut bekämpfen, indem man Mittel für unproduktive Investitionen verschwendet, anstatt produktiv zu investieren. Indem man den Ländern der Dritten Welt unproduktive Technologien aufnötigt, verfestigt man ihre Verschuldung und ihre Armut und hält sie auf diese Weise in materieller Abhängigkeit von den Industrienationen. In eine ebensolche Abhängigkeit wollen Trittin und seine Leute offenbar auch die Bundesrepublik bringen. Das machen deutlich die



Auch die Entwicklungskosten und Investitionen von über 4 Mrd. DM in den inhärent sicheren Hochtemperaturreaktor wurden durch die Stilllegung nach nur acht Betriebsmonaten zum Fenster hinausgeworfen. Diese Verschwendung ist um so ärgerlicher, da dieser Reaktortyp nicht nur elektrischen Strom und Prozesswärme für unterschiedliche industrielle Anwendungen liefern konnte, sondern als Kernstück zur Kohleveredelung gedacht war, um damit die deutsche Steinkohle wieder konkurrenzfähig zu machen. Außerdem sollte der Reaktor das Recycling von CO₂ möglich machen. Mit seiner Prozesswärme wäre es möglich gewesen, CO₂ zusammen mit Wasserdampf zu Methan, dem Hauptbestandteil

tere verspielte Chance für den Hightechexport aus Deutschland, der Hunderttausenden Facharbeitern ein gutes Arbeitseinkommen verschafft hätte.

Ebenso wurden die Entwicklungskosten und die auf 6 Mrd. DM berechneten Investitionen für den zu 90% fertiggestellten Schnellen Brüter in Kalkar von denjenigen vernichtet, die vorgeben, die Vorräte an Kernbrennstoffen seien begrenzt und die Nutzung von Kernbindungsenergie aus diesem Grunde aufzugeben. Durch den Schnellen Brüter und die Rückgewinnung der Kernbrennstoffe aus dem sogenannten Atom Müll ließe sich – wie erwähnt – der Energieertrag von Natururan um das Sechzigfache steigern, und die Menge pro kWh anfallen-

Über 4 Mrd. DM Investitionen für den inhärent sicheren Hochtemperaturreaktor wurden wegen ideologischer Sabotage von Trittins Freunden vergeudet. Jetzt wird dieser in Deutschland entwickelte Reaktortyp in China gebaut (Bild). (Foto: FUSION)



Ergebnisse der grünen Agenda

Die Vernichtung von Volksvermögen und die Verhinderung der Schaffung leistungsfähiger Arbeitsplätze in Deutschland begann schon, bevor die rot-grüne Bundesregierung ihre Arbeit aufnahm. Die Hoechst AG wollte in Frankfurt eine gentechnische Insulin-Produktion errichten. Dieses Vorhaben wurde durch immer neue Schwierigkeiten verhindert, die der damalige hessische Umweltminister, Trittins Genosse Joschka Fischer, machte. Inzwischen arbeitet die Anlage im Elsaß und versorgt uns von dort mit Insulin. Diese Erfahrung führte bei der in französische Hände übergegangenen Firma Hoechst zum schrittweisen Exodus aus Deutschland.

Die Inbetriebnahme der mit einem Investitionsaufwand von 2 Mrd. DM fertiggestellten Mox-Anlage in Hanau, in der das angeblich so bedrohliche Plutonium zu Kernbrennstoff verarbeitet und danach in Kraftwerken verbrannt und vernichtet werden konnte, wurde durch Schikanen von Trittins Mitstreiter verhindert. Trittin selbst verhinderte, daß das funktionstüchtige, ungenutzte Werk wie andere Werke wenigstens an China verkauft werden konnte.

des Erdgases, zu verarbeiten. Mit seiner Prozesswärme läßt sich das Öl aus den riesigen Teersand- und Ölschieferorkommen in China, Kanada und anderswo wirtschaftlich gewinnen.

Schließlich eignet er sich zur thermischen Spaltung von Wasser, um auf wirtschaftliche Weise Wasserstoff als Energieträger der Zukunft zu gewinnen. Der HTR wurde gerade von denen verhindert, die in der Pflanzennahrung CO₂ zu Unrecht eine „Bedrohung für unser Klima“ sehen und angeblich für die Wasserstoffwirtschaft eintreten, die mit Hilfe alternativer Energie unerschwinglich wird.

Der deutsche Hochtemperaturreaktor wird nun in China und Südafrika weiterentwickelt und soll demnächst zum Nutzen dieser Länder in Serie gefertigt und weltweit vermarktet werden – eine wei-

den langlebigen Atom Mülls deutlich vermindern.

Der Widerstand der Grünen unter Jürgen Trittins Führung verhinderte, daß die Transrapidstrecke zwischen Hamburg und Berlin als Referenzstrecke für den Export einer weiteren in Deutschland entwickelten Hochtechnologie gebaut werden konnte. Der Transrapid läuft in China einwandfrei. Weitere Strecken werden in China nur gebaut, wenn diese Technologie ganz an China übergeht. Das wird zur Zeit verhandelt, weil die Arbeitsplätze beim deutschen Hersteller abgebaut werden, da die für Deutschland angekündigten Folgeaufträge nur leere Versprechungen waren.

Hochmoderne Kokereien wie die Kokerei Kaiserstuhl wurden wegen der von Trittin und seinem Ministerium geförder-

ten Klimahysterie nach nur wenigen Betriebsjahren abgebaut und nach China verkauft. Heute wird Hüttenkoks wegen der verknappten Angebote zum Zehnfachen der damaligen Preise gehandelt. Dadurch verteuert sich nachhaltig die Stahlherzeugung, was nachgelagerte Industriezweige wie Maschinenbau und Autoindustrie trifft und dort zu Sparmaßnahmen und Arbeitsplatzabbau führt.

Mit dem Salzstock in Gorleben verfügt Deutschland über einen bestens für die Endlagerung von strahlendem Atom Müll geeigneten Standort. Die über 2 Mrd. Euro, die für seine Erschließung ausgegeben wurden, werden durch den unsinnigen Neubeginn der Standortsuche vertan.

Kosten, die unnötig entstehen, weil durch ständig neue, meist unsinnige Verwaltungs- und Umweltauflagen neue Industrieanlagen verhindert werden, lassen sich kaum erfassen. Das gilt auch für Arbeitsplätze, die aufgrund der aus Höchst weggeekelten Insulinfabrik oder bei einer Chipfabrik, die in Frankfurt/Oder entstehen sollte und die der Betreiber nach drei Jahre dauernden „Genehmigungsverfahren“ entnervt aufgegeben hat, nicht entstanden sind. Ähnliches gilt für neue Industriebereiche wie die Gentechnik, gegen deren Erzeugnisse Ministerien mit aufwendigen Propagandafeldzügen und Auflagen z.B. gegen den Anbau gentechnisch gezüchteter Sorten vorgehen.

Die genannten Beispiele und die noch häufigeren, weniger spektakulären Beispiele neben der Verschandelung der Landschaft durch teuer subventionierte, als Vogel-Guillotinen bekannte Windr-

der lassen erkennen, daß es Trittin und seinen Genossen weniger um Erhaltung und Förderung der Umwelt, als um die wirtschaftliche Demontage des Landes geht. Das zeigen Behauptungen wie „Die Stromversorgung wäre auch sichergestellt, wenn alle Reaktoren (Kernkraftwerke) sofort abgeschaltet würden“ (aus dem Programm zur Bundestagswahl 1998 „Grün ist der Wechsel“, Seite 23).

Natürlich wäre das nur möglich, wenn man – wie im Morgenthauplan nach 1945 vorgesehen – die energieintensive Güterproduktion im Land stilllegen und den Menschen unerhörte Verzichtleistungen aufbürden würde. Daran ändert die ebenfalls zur Irreführung beschworene „Effizienzrevolution“ nichts; denn die Energieeffizienz war im Laufe der industriellen Entwicklung bereits aus wirtschaftlichen Gründen so weit vorangetrieben worden, daß sich hier – von wenigen ganz neu entwickelten Produktionsbereichen abgesehen – kaum weitere Spielräume finden lassen.

Die Grünen haben sich für die Abschaltung der Kernkraftwerke stark gemacht, und die im Bundestag vertretenen Parteien haben einen verbindlichen zeitlichen Rahmen gesetzlich verankert. Aber woher der für eine ausreichende Güterversorgung der Bürger benötigte Strom in Zukunft kommen soll, darum kümmern sie sich noch nicht. Hier setzt man traumtänzerisch auf magische Möglichkeiten sogenannter alternativer Energiequellen und versucht alles, einer naiven Bevölkerung den unbegründeten Glauben daran einzutrichtern.

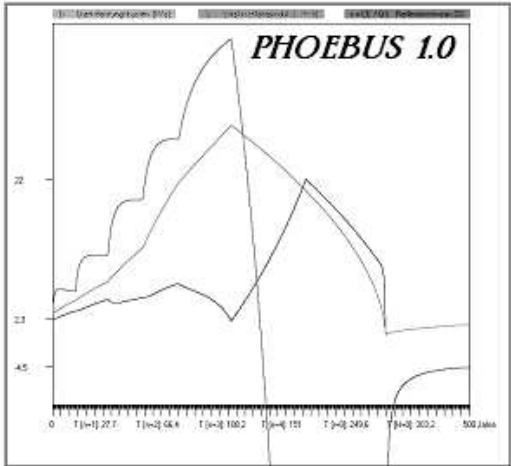
Das bängstigt inzwischen sogar schon

das wirtschaftlich konkurrierende Ausland. So mahnt selbst die Internationale Energie-Agentur (IEA) von 26 Industriestaaten einen Kurswechsel in Berlin an. Ihr Chefökonom Fatih Birol sagte am 28. Oktober 2004 der *Berliner Zeitung*:

„Die deutsche Regierung muß ihre Politik mehr auf Fakten gründen.“ Das Ziel von Bundesminister Trittin, bis Mitte des Jahrhunderts den Energiebedarf zur Hälfte aus erneuerbaren Energien decken zu wollen, bezeichnete er als schönes Wunschdenken: „In Deutschland fehlen dazu die geographischen Voraussetzungen.“ Die Industrieländer, die nicht ohne Genugtuung sehen, wie Deutschland ihnen seine Märkte mehr und mehr überläßt, befürchten, daß das Land „in immer größere Abhängigkeit von Rußland“ gerät – dem Land mit den größten Erdgasreserven. Auch Kohle und Erdöl seien kein vernünftiger Ersatz für Kernenergie, meinte Birol und rät Deutschland, den Ausstieg aus der Kernenergie zu überdenken.

Birol geht wie viele davon aus, daß die Bundesregierung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes eigentlich das Beste will. Doch das dürfte jedenfalls im Falle Jürgen Trittin fraglich sein. Es waren seine Freunde von der Autonomen Antifa-Gruppe, die in Trittins Büro ihre Randaleaktionen planten, die nach der Wiedervereinigung Deutschlands an Brücken und Hauswände „Nie wieder Deutschland“ sprühten. Wie zur Bestätigung dieser Einstellung ließ Jürgen Trittin auf seinem offiziellen Briefpapier das „deutsch“ im Titel „Mitglied des Deutschen Bundestags“ entfernen.

Anzeige



PHOEBUS 1.0

Physikalisch-Oekonomische Berechnungen und Szenarien

PHOEBUS ist ein Windows-Programm zur Berechnung nicht-monetärer Größen der physikalischen Ökonomie. Diese wirken aufeinander ein wie die Himmelskörper eines Planetensystems und bilden ein System nichtlinearer Differentialgleichungen. Bis zu drei farbige Lösungskurven können gleichzeitig in ein Diagramm gezoomt und als Bitmap-Datei gespeichert werden.

Herausgeber: FUSIONS-ENERGIE-FORUM e.V. München
 Autor: Dipl.-Ing. (FH) Bernd Schulz BeGaSt@compuserve.de
 Bestellschrift: Dr. Böttiger Verlag, Pf. 1611, 65006 Wiesbaden
 boettiger@solidaritaet.com / Fax: 0611-7786118 / 5,- € + Versand